

Warum verließ er Japan? Perus Ex-Präsident in Chile festgenommen

SANTIAGO – Perus früherer Präsident Alberto Fujimori (67) ist gestern in Chile festgenommen worden. Der Sohn japanischer Einwanderer war am Sonntag überraschend in Chile eingetroffen, um seine Kandidatur bei der peruanischen Präsidentenwahl im kommenden Jahr vorzubereiten. Die Justiz seines Heimatlands sucht ihn wegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen.

Fujimori war von 1990 bis 2000 Präsident in Peru. Im November 2000 floh er nach Japan, nachdem seine Regierung über einen Bestechungsskandal gestürzt war. Der peruanischen Justiz zufolge trägt Fujimori auch die politische Verantwortung für die Ermordung von 25 Menschen durch Todeschwadronen Anfang der 90er Jahre. Wegen der Verfahren darf sich Fujimori derzeit nicht politisch in Peru betätigen. Dennoch erklärte der 67jährige, er wolle vorübergehend in Chile bleiben und seine Kandidatur bei der peruanischen Präsidentenwahl vorbereiten.

„Ich glaube, daß er von der japanischen Regierung gezwungen wurde, das Land zu verlassen“, sagte der Politikexperte Ernesto Velit. Er verwies darauf, daß Peru Fujimoris Auslieferung aus Japan vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen wollte. Das asiatische Land weigerte sich, den Ex-Präsidenten zu überstellen, da er auch die japanische Staatsbürgerschaft hat. (rtr)



Alberto Fujimori: In Peru wird ihm Mord vorgeworfen.

BEHÖRDENPOSSE MORGENS UM ACHT KAMEN DIE MONTEURE

Bezirksamt besiegt rote Markise



Anja Lindenberg und Corrado Falco vor ihrem „Gallo Nero“ – noch mit Markise. Rechts: das Lokal gestern vormittag – entkleidet.



FOTOS: ZAPF/CAMEJO

Die Wirte vom „Gallo Nero“ gingen vergeblich bis zum Bundesverwaltungsgericht. Kosten: 37 000 Euro.

Günther Hörbst
Hamburg

Die irre Markisen-Posse von Winterhude ist zu Ende. Nach sechs Jahren Streit zwischen den Inhabern des Restaurants Gallo Nero und dem Bezirksamt Nord (das Abendblatt berichtete) sorgte nun ein Monteurtroop für vollen-

detate Tatsachen und baute die Markise im Auftrag des Bezirksamts ab.

Wirt Corrado Falco (50) und seine Frau Anja Lindenberg (40) erfuhren von der Aktion durch einen Nachbarn, der die Abbauarbeiten um 8 Uhr morgens zufällig beobachtete. Als das Ehepaar am Restaurant eintraf, flatterte nur noch ein Zettel mit der Behördenverfügung über die Demontage der Markise an der Eingangstür.

Jetzt hat das Ehepaar die Auseinandersetzung mit den Behörden satt. „Es geht uns sehr schlecht“, sagte Anja Lindenberg dem Abendblatt. „Da ist ein Gefühl von Ohnmacht. Wir haben so lange für unser Recht gekämpft. Jetzt reicht es! Wir haben keine

Energie mehr.“ Falco und seine Frau wollen sich nun nur noch um ihr Restaurant kümmern.

Die Aktion hatte sich bereits vergangene Woche angekündigt. Am Mittwoch abend waren zwei Vollstreckungsbeamte ins vollbesetzte Lokal marschiert, um 2000 Euro Geldstrafe einzutreiben. „Dazu kamen noch 64 Euro Gebühren“, so Lindenberg.

Und all der Ärger nur, weil die beiden Geschäftsleute nicht einsehen wollten, daß für das Bezirksamt Nord die 30 Quadratmeter große Markise auf ihrer Terrasse ein „Raumgebilde, eine metallene Konstruktion“ darstellt. Eine solche Konstruktion gilt aber als Anbau und bedarf der Genehmigung. Die fehlte bei Fal-

co – natürlich: Er dachte ja, er habe eine Markise installiert.

In den vergangenen sechs Jahren entspann sich so ein Rechtsstreit, der durch alle Gerichtsstanzen ausgefochten wurde und bundesweit Aufsehen erregte. Am Ende verlor das Wirtspaar beim Bundesverwaltungsgericht. Falco kostete der Streit rund 35 000 Euro – nebst 2064 Euro Strafe von letzter Woche.

Besonders absurd: Ab Januar wird in Hamburg eine neue Bauordnung gelten. Und die sieht vor, daß Markisen bis zu einer bestimmten Größe nicht mehr genehmigt werden müssen. Anja Lindenberg sagte dazu nur: „Keine Ahnung, ob wir jemals wieder eine Markise anbauen.“

Aserbaidtschan-Wahl: Öl wichtiger als Demokratie?

BAKU – Begleitet von verhaltener westlicher Kritik an Wahlrechtsverstößen, hat die Regierungspartei des Kaukasus-Staates Aserbaidtschan die Parlamentswahl gewonnen. Die Partei Neues Aserbaidtschan von Präsident Il-

cham Alijew habe eine Mehrheit der 125 Mandate erreicht, teilte die Wahlleitung gestern in Baku mit. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kritisierte zwar staatliche Eingriffe in die Wahl,

stellte das Ergebnis aber nicht grundsätzlich in Frage. Viele Regimegegner sehen sich nun in ihrem Verdacht bestätigt, daß dem Ausland das aserbaidtschanische Öl wichtiger als die Entwicklung der Demokratie im Land sei. Die

Opposition sprach von den „schlimmsten Fälschungen“ in der Geschichte der früheren Sowjetrepublik und kündigte Proteste an. In der Vergangenheit waren Demonstrationen gewaltsam niedergeschlagen worden. (HA)

NÜRNBERGS DEMENTI
Noch keine Hartz-IV-Detektive

NÜRNBERG – Die Bundesagentur für Arbeit (BA) will gegen mutmaßliche Hartz-IV-Sünder keine verdeckten Ermittler zur Aufdeckung verschwiegener Vermögen einsetzen. Dies hatte der „Spiegel“ berichtet. Für solche Maßnahmen müßte die Politik erst rechtliche Voraussetzungen schaffen, hieß es. (dpa)

TSCHETSCHENIEN
3000 Polizisten sichern Rockfestival

MOSKAU – Die moskautreue Führung von Tschetschenien hat als Beweis einer Stabilisierung der Krisenregion erstmals ein Rockfestival veranstaltet. Das Konzert fand in einem Fußballstadion von Gudermes statt. 3000 Polizisten sicherten die Veranstaltung. Wie viele Fans kamen, ist unbekannt. (dpa)

OKTOBERREVOLUTION
Kommunisten feiern erstmals inoffiziell

MOSKAU – Kommunisten haben gestern in ganz Rußland an die Oktoberrevolution von 1917 erinnert. Der 7. November ist nach einer Entscheidung der Regierung in diesem Jahr zum ersten Mal kein Feiertag. (dpa)

„WAHL GEFÄLSCHT“
Opposition ruft zum Generalstreik

ADDIS ABEBA – Nach dem Tod von mindestens 46 Menschen bei Demonstrationen hat die Opposition in Äthiopien für diese Woche zu einem Generalstreik aufgerufen. Die äthiopischen Behörden hätten mehr als 1000 Anhänger der Opposition verhaftet. Die Proteste richten sich gegen das angeblich manipulierte Ergebnis der Parlamentswahl vom Mai. (epd)

VERHANDLUNGEN
Auch Bosnien in die EU?

BRÜSEL – Die EU will mit Bosnien-Herzegowina über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen verhandeln. Dies sei die entscheidende Vorstufe für spätere Verhandlungen über einen Beitritt zur EU. (dpa)

OFFENSIVE IM IRAK
35 Rebellen getötet – und ein US-Soldat

BAGDAD – Bei der Großoffensive von irakischen und US-Soldaten im Westirak sind nach offiziellen Angaben 35 aufständische Kämpfer getötet und 200 festgenommen worden. Auch ein amerikanischer Soldat wurde erschossen. (ap/rtr)

EX-BOTSCHAFTER
„Tony Blair ließ sich blenden“

LONDON – Großbritanniens Premier Tony Blair ist vom früheren Londoner Botschafter in den USA, Christopher Meyer, schwer beschuldigt worden. Blair habe sich im Vorfeld des Irak-Krieges vom „Glanz der US-Macht blenden“ lassen und keinen Einfluß auf die Politik in Washington genommen, schrieb Meyer in seinen Memoiren. (rtr)

PRÄSIDENT VERSPRICHT
China will die Umwelt schützen

PEKING – China will verstärkt erneuerbare Energien nutzen. Im Kampf gegen Umweltprobleme sei dies unumgänglich, sagte Präsident Hu Jintao. China ist nach den USA der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen weltweit. Derzeit bezieht das Land nach offiziellen Angaben sieben Prozent seines Bedarfs aus erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2020 sollen es 15 Prozent werden. (ap)

Gehen Sie neue Wege – mit Schuhen von C&A.



Stiefeletten
Obermaterial
echt Leder
bis Größe 43
JE 29.-
ECHTES LEDER

C&A
Preise gut, alles gut.
www.cunda.de